



Ein Urteil aus Marseille sorgt weit über die Küsten der Provence hinaus für Aufmerksamkeit. Am 12. März 2026 erklärte das Verwaltungsgericht Marseille sowohl den französischen Staat als auch den Energiekonzern EDF für mitverantwortlich an den ökologischen Schäden im Étang de Berre – einer der größten Lagunen Frankreichs. Für Umweltschützer markiert diese Entscheidung einen Wendepunkt. Zum ersten Mal erkennt ein Gericht ausdrücklich einen „ökologischen Schaden“ an, der durch den Betrieb eines großen hydroelektrischen Systems entstanden ist.

Der Étang de Berre gilt seit Jahrzehnten als Sorgenkind der industriellen Entwicklung in Südfrankreich. Raffinerien, Hafenanlagen und Kraftwerke prägten lange das Bild rund um die Lagune. Doch der Kern des Konflikts liegt in einem technischen System, das eigentlich der Energieversorgung dienen soll: dem Kanal der Durance.

Über diesen Kanal gelangen seit vielen Jahren große Mengen Süßwasser aus dem Fluss Durance in die ursprünglich salzhaltige Lagune. Das Wasser treibt Turbinen der Kraftwerke bei Salon-de-Provence und Saint-Chamas an – Anlagen, die einen beträchtlichen Anteil an der regionalen Stromproduktion liefern. Rund 35 Prozent der Elektrizität in der Region Provence-Alpes-Côte d’Azur entstehen hier, etwa zehn Prozent der französischen Wasserkraftproduktion hängen indirekt mit diesem System zusammen.

Doch genau dieser Erfolg hat eine Schattenseite.

Der Étang de Berre ist ein marines Ökosystem, dessen Gleichgewicht stark von seinem Salzgehalt abhängt. Gelangt über Jahre hinweg zu viel Süßwasser hinein, verändern sich chemische und biologische Prozesse im Wasser. Sauerstoffmangel, Algenblüten und organische Ablagerungen können die Folge sein. Genau das, so das Gericht, sei durch die langjährigen Einleitungen geschehen. Die Auswirkungen auf das Ökosystem seien erheblich genug, um als eigenständiger ökologischer Schaden gewertet zu werden.

Besonders prägend für die Debatte bleibt die Umweltkrise von 2018. Damals erlebte die Lagune eine massive Sauerstoffkrise – in der Region spricht man von „Malaïgue“, einem Begriff aus der mediterranen Lagunenökologie für eine Art Erstickungszustand des Wassers. Mehr als 90 Prozent des Ökosystems waren betroffen. Seegras verschwand großflächig, Muscheln und zahlreiche wirbellose Tiere starben nahezu vollständig ab.

Für viele Anwohner war das der Moment, in dem aus einer abstrakten Umweltfrage eine sichtbare Katastrophe wurde.

Das Urteil des Gerichts fällt dennoch differenziert aus. Die Richter wiesen mehrere Vorwürfe



gegen den Staat zurück und stellten fest, dass nicht alle Einleitungen direkt für die Krise von 2018 verantwortlich gemacht werden können. Auch radikale Forderungen der Umweltvereinigung „L'Étang nouveau“, etwa ein vollständiger Stopp der Süßwassereinleitungen oder der Bau großer Schlammrückhaltebecken, fanden keine Zustimmung.

Stattdessen verpflichtete das Gericht Staat und EDF, die Ergebnisse eines bereits laufenden Experiments ernsthaft auszuwerten.

Nach der Krise von 2018 wurde ein neues System zur Regulierung der Wasserabgaben getestet. Die Einleitungen sollen stärker an Jahreszeiten und Umweltbedingungen angepasst werden. Teilweise werden Turbinenleistungen reduziert oder zeitweise ganz gestoppt, wenn Salzgehalt und Sauerstoffwerte kritisch erscheinen. Seit 2024 gilt außerdem ein jährlicher Höchstwert von 1,2 Milliarden Kubikmetern Süßwasser, die in die Lagune gelangen dürfen.

Erste Beobachtungen zeigen leichte Verbesserungen. Der Salzgehalt stabilisiert sich, die Durchmischung der Wasserschichten verläuft besser, und auch die Sauerstoffwerte entwickeln sich in manchen Sommern günstiger. Von einer echten Erholung des Ökosystems sprechen Experten allerdings noch nicht.

Das Gericht formuliert daher eine klare Botschaft: Positive Signale bedeuten noch keine Heilung.

Politisch bringt das Urteil alle Beteiligten in eine heikle Lage. Für EDF stellt es eine Erinnerung dar, dass selbst strategisch wichtige Energieinfrastrukturen ökologische Verantwortung tragen. Für den Staat offenbart es ein bekanntes Muster: Umweltprobleme werden oft lange verwaltet, bis ein Gericht eingreift.

Die eigentliche Bedeutung der Entscheidung reicht jedoch weit über die Provence hinaus.

Der Begriff des „ökologischen Schadens“ verlässt endgültig die Theorie und landet mitten in der Praxis großer Industrieprojekte. Infrastruktur kann künftig auch dann juristisch verantwortlich gemacht werden, wenn ihre Schäden nicht spektakulär oder plötzlich auftreten, sondern über Jahrzehnte hinweg langsam ein Ökosystem verändern.

Für den Étang de Berre selbst beginnt damit vielleicht eine neue Phase. Jahrzehntlang galt die Lagune vor allem als industrieller Standort – ein Raum, den man nutzte. Nun steht erstmals ein Urteil im Raum, das klar ausspricht: Dieses Gebiet ist mehr als ein technisches Reservoir.



Gerichtsurteil mit Signalwirkung: Staat und EDF für ökologische Schäden am Étang de Berre verurteilt

Es ist ein lebendiges Ökosystem.

Und genau darin liegt die eigentliche Sprengkraft dieser Entscheidung.

Autor: C.H.